

Merkblatt zur
Allgemeinverfügung des Landkreises Hildesheim vom 21.03.2013
zur Bestellung eines Geldwäschebeauftragten bei gewerblichen Güter-
händlern nach § 9 Abs. 4 Satz 3 des Geldwäschegesetzes (GwG)

1. Welcher Güterhändler muss einen Geldwäschebeauftragten bestellen?

Sofern Sie die in der Allgemeinverfügung Ihrer Aufsichtsbehörde genannten Kriterien erfüllen, sind Sie als Güterhändler verpflichtet, einen Geldwäschebeauftragten für Ihr Unternehmen zu bestellen. Nur wenn **alle in Ziffer 1 Buchstaben a) bis d) der Allgemeinverfügung genannten** Voraussetzungen vorliegen, müssen Sie einen Geldwäschebeauftragten bestellen.

Mit der Allgemeinverfügung hat Ihre Aufsichtsbehörde von der Regelung in § 9 Abs. 4 Satz 3 GwG Gebrauch gemacht. Demnach sollen die Behörden bei Händlern hochwertiger Güter (= Güter, die keine alltägliche Anschaffung darstellen), die Bestellung eines Geldwäschebeauftragten anordnen.

Der Geldwäschebeauftragte ist zugleich auch Ansprechpartner in Fällen der Terrorismusfinanzierung.

2. Wie muss die Bestellung erfolgen?

Ausdrückliche Vorgaben, wie die Bestellung des Geldwäschebeauftragten zu erfolgen hat, sieht das Geldwäschegesetz nicht vor. Für den Fall, dass der bestellte Geldwäschebeauftragte verhindert ist, weil er bspw. wegen Urlaub oder geschäftlich bedingt abwesend ist, muss zusätzlich ein Stellvertreter benannt werden.

3. Wem und wie muss ich die Bestellung oder Abberufung mitteilen?

Die Bestellung und Abberufung des Geldwäschebeauftragten ist der zuständigen Aufsichtsbehörde mitzuteilen. Es empfiehlt sich hierfür den vorgesehen Vordruck (www.landkreishildesheim.de) zu verwenden. Der Stellvertreter muss der Aufsichtsbehörde nicht mitgeteilt werden.

Wird der bestellte Geldwäschebeauftragte abberufen und dadurch von seinen Aufgaben entbunden, müssen Sie ihn unverzüglich ersetzen und die Aufsichtsbehörde hierüber informieren. Hierfür kann ebenfalls der genannte Vordruck verwendet werden.

4. Freistellung von der Pflicht, einen Geldwäschebeauftragten bestellen zu müssen

Sie können bei Ihrer Aufsichtsbehörde beantragen festzustellen, dass Sie von der Pflicht, einen Geldwäschebeauftragten bestellen zu müssen, absehen können. Den Antrag müssen Sie schriftlich an Ihre zuständige Aufsichtsbehörde richten. Dabei müssen Sie nachweisen, dass die Gefahr von Informationsverlusten und -defiziten auf Grund arbeitsteiliger Unternehmensstruktur nicht besteht und dass nach risikobasierter Bewertung anderweitige Vorkehrungen getroffen werden, um Transaktionen, die mit Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung zusammenhängen, zu verhindern (§ 9 Abs. 5 Satz 3 GwG).

5. Wer kommt als Geldwäschebeauftragter in Betracht? Welche persönlichen Voraussetzungen müssen erfüllt sein?

Der Geldwäschebeauftragte ist der Geschäftsleitung unmittelbar nachgeordnet (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 GwG), kann aber auch selbst der Geschäftsleitung angehören. Dies dürfte insbesondere in kleineren Unternehmen infrage kommen, in denen keine anderen geeigneten Personen zur Verfügung stehen oder in Unternehmen, bei denen nur ein geringes Geldwäscherisiko besteht. Sofern es andere Möglichkeiten im Unternehmen gibt, sollten Inhaber, Vorstände, Geschäftsführer und sonstige gesetzlich oder verfassungsmäßig berufene Vertreter des Unternehmens jedoch nicht zum Geldwäschebeauftragten bestellt werden.

Wenn der Geldwäschebeauftragte die Aufgabe nicht hauptamtlich wahrnimmt, muss bei der Übertragung anderer Aufgaben darauf geachtet werden, dass diese den Geldwäschebeauftragten nicht in einen Interessenkonflikt bringen können. Insbesondere darf er als Geldwäschebeauftragter mit Kontrollfunktion nicht in die Situation kommen, sich selbst kontrollieren zu müssen (z. B. im Bereich der Innenrevision).

Eine besondere Qualifikation, bspw. eine bestimmte Ausbildung, sieht der Gesetzgeber nicht vor. Als Geldwäschebeauftragte dürften in der Regel Fach- und Führungskräfte in Betracht kommen, die mit den internen Abläufen im Unternehmen bestens vertraut sind. Im Falle der Auslagerung dürften insbesondere Rechtsanwälte und Berater, die gründliche Kenntnisse der Branche haben, infrage kommen. Hierbei ist jedoch die nachfolgende Ziffer 6 zu beachten!

6. Auslagerungsmöglichkeit auf Dritte

Verpflichtete Unternehmen dürfen auch Dritte mit der Wahrnehmung der Aufgaben des Geldwäschebeauftragten beauftragen. Dafür ist jedoch die vorherige Zustimmung der zuständigen Auf-

sichtsbehörde erforderlich; in Niedersachsen ist dies für Güterhändler der für Sie zuständige Landkreis oder kreisfreie Stadt bzw. die Region Hannover (§ 16 Abs. 2 GwG).

Die Zustimmung darf nur erteilt werden, wenn der Dritte die Gewähr dafür bietet, dass die internen Sicherungsmaßnahmen ordnungsgemäß durchgeführt und die Steuerungsmöglichkeiten der Verpflichteten und die Kontrollmöglichkeiten der zuständigen Behörde nicht beeinträchtigt werden (§ 9 Abs. 3 Sätze 2 und 3 GwG).

7. Welche Stellung hat der Geldwäschebeauftragte?

Eine unabhängige und organisatorisch herausgehobene Stellung ist für eine wirkungsvolle Tätigkeit des Geldwäschebeauftragten von ausschlaggebender Bedeutung. Der Geldwäschebeauftragte sollte nach dem Willen des Gesetzgebers innerhalb des Unternehmens über eine Position verfügen, die es ihm erlaubt, die Belange der Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierungsbekämpfung gegenüber den Mitarbeitern und auch gegenüber der ihm übergeordneten Geschäftsleitung unabhängig und mit gebotenen Nachdruck zu vertreten. Dies gilt auch für vom Unternehmen beauftragte Dritte, die als Geldwäschebeauftragte eingesetzt werden.

- Der Geldwäschebeauftragte ist der Geschäftsleitung unmittelbar nachgeordnet (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 Satz 1 GwG), nimmt ihr jedoch die Verantwortung für die Belange der Geldwäscheprävention und der Verhinderung von Terrorismusfinanzierung nicht ab, sondern unterstützt diese.
- Ihm sind daher ausreichend Befugnisse zur Erfüllung seiner Funktion einzuräumen (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 Satz 6 GwG).
- Dem Geldwäschebeauftragten ist ungehinderter Zugang zu sämtlichen Informationen, Daten, Aufzeichnungen und Systemen zu verschaffen, die im Rahmen der Erfüllung seiner Aufgaben von Bedeutung sein können (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 Satz 4 GwG).
- Die Verwendung der Daten und Informationen ist dem Geldwäschebeauftragten ausschließlich zur Erfüllung seiner Aufgaben gestattet (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 Satz 5 GwG).

8. Welche Aufgaben hat der Geldwäschebeauftragte?

Der Geldwäschebeauftragte ist dafür zuständig, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in seinem Unternehmen zu verhindern. So ist er für die Implementierung und Überwachung der geldwäscherelevanten Vorschriften im Unternehmen verantwortlich. Seine Aufgabe ist es, etwaige geldwäscherelevante Risikostrukturen und Gefahrenquellen zeitnah zu erkennen und den Geschäftsvorfällen angepasste und dem Risiko entsprechende Anweisungen und interne Grundsätze, Ge-

fährdungsanalysen und Verfahren im Unternehmen unabhängig umzusetzen und diese laufend zu aktualisieren.

Der Geldwäschebeauftragte soll der Ansprechpartner für die Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaften, Generalstaatsanwaltschaft Celle), das Landeskriminalamt Niedersachsen, das Bundeskriminalamt – Zentralstelle für Verdachtsmeldungen – und die Aufsichtsbehörde nach dem Geldwäschegesetz sein (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 Satz 1 GwG). Das bedeutet, dass diese Behörden sich nicht an die jeweilige Geschäftsleitung wenden müssen, sondern ihre Anfragen direkt an den Geldwäschebeauftragten richten können. Dadurch soll die Kommunikation zwischen den Behörden und den verpflichteten Unternehmen erleichtert werden.

Auf der Grundlage der gesetzlichen Aufgabenzuweisung ergeben sich im Rahmen einer Aufgabenbeschreibung folgende Aufgaben:

- Zuständigkeit in Fragen der Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung;
- Zuständigkeit für die Implementierung und Überwachung der geldwäscherelevanten Vorschriften im Unternehmen (z.B. durch Mitarbeiterschulungen);
- Zeitnahe Erkennung etwaiger geldwäscherelevanter Risikostrukturen und Gefahrenquellen und dem jeweiligen Risiko entsprechende Anweisungen, unabhängige Umsetzung interner Grundsätze, Gefährdungsanalysen und Verfahren sowie deren laufende Aktualisierung;
- Bearbeitung von Verdachtsfällen und Entscheidung über die Weiterleitung von Verdachtsmeldungen gemäß § 11 GwG an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden;
- Regelmäßige Berichte an die Geschäftsleitung über den Stand der Geldwäscheprävention und der Verhinderung von Terrorismusfinanzierung sowie unverzügliche Berichterstattung bei besonderen Ereignissen.

9. Konsequenzen bei Verstößen

Für den Fall, dass Verpflichtete der Allgemeinverfügung zuwiderhandeln und keinen Geldwäschebeauftragten oder keinen Stellvertreter benennen oder in einer anderen Art und Weise gegen die in der Allgemeinverfügung benannten Verpflichtungen handeln, können die Aufsichtsbehörden im Rahmen des Verwaltungszwangsverfahrens Zwangsgeld androhen und durchsetzen.

Für im Gebiet der Stadt und des Landkreises Hildesheim ansässige Güterhändler ist die nach dem Geldwäschegesetz zuständige Aufsichtsbehörde der

Landkreis Hildesheim
Fachdienst Ordnungsangelegenheiten/Ordnungswidrigkeiten
Bischof-Janssen-Strasse 31
31134 Hildesheim

Dieses Merkblatt soll – als Service Ihrer Aufsichtsbehörde – nur eine möglichst allgemein verständliche Hilfestellung geben und erhebt daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Obwohl es mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurde, kann keine Haftung für die inhaltliche Richtigkeit übernommen werden. Grundlage ist das Geldwäschegesetz (GwG) vom 13. August 2008 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Ergänzung des Geldwäschegesetzes vom 18. Februar 2013 (BGBl. I S. 268) geändert worden ist.

Stand: März 2013